
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 19/3 (1992)

DOI: 10.11588/fr.1992.3.57634

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

daß PMF, der die Kandidatur Mitterrands öffentlich unterstützt hatte, Rocard, für den er »Wertschätzung und Bewunderung« empfindet, als Kandidaten der Linken vorgezogen hätte. In seinen Stellungnahmen zur Politik der Linksregierung in den ersten Monaten – es sind die letzten im Leben von Mendès France – deutet er Kritik eher an als daß er sie ausführt: zu den Verstaatlichungen (die er aber im Prinzip bejaht), zur Arbeitszeitverkürzung etc. Offensichtlich hatte er gegenüber der Finanz- und Wirtschaftspolitik, die die Linke ab 1981 trieb, deutliche Vorbehalte.

Da Mendès France keine Memoiren geschrieben hat, bildet die Publikation seines schriftlichen Werkes in sechs dickleibigen Bänden die Grundlage für jede wissenschaftliche Auseinandersetzung mit seinem Leben und Wirken. (Die Bibliographie im Anhang belegt, wie intensiv diese Auseinandersetzung schon geführt wird.) Auch für die Geschichte Frankreichs in den letzten 50 Jahren und für manche Ereignisse in der internationalen Politik (Europäische Integration, Indochina- und Nahostkonflikt ...) stellt diese Veröffentlichung eine wichtige Quelle dar. Die Tatsache einer derart umfangreichen Veröffentlichung noch nicht einmal zehn Jahre nach seinem Tod und die schon lange Liste von Biographien und universitären Arbeiten bezeugen auch die Faszination, die von PMF ausgegangen ist und noch immer ausgeht.

Adolf KIMMEL, Würzburg

Henry Rouso, *La planification en crises (1965–1985)*. Actes de la table ronde tenue à l'IHTP le 13 décembre 1985, Paris (CNRS) 1987, 230 S.

Der mit den Präsidentschaftswahlen 1981 stattfindende Machtwechsel in Frankreich, anfangs von vielen als der Beginn einer neuen Republik gewertet, stellte den politischen Hintergrund zweier Tagungen dar, auf denen sich Wissenschaftler und Zeitzeugen der Analyse der Planwirtschaft à la française widmeten, die im Januar 1986 ihren vierzigsten Geburtstag feierte. An den Regierungsantritt der Sozialisten wurden große Erwartungen (hoffend oder bangend) in Bezug auf die Umgestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Frankreich geknüpft. Daß in diesem Kontext der Planifikation eine zentrale Rolle zufallen mußte, schien auf der Hand zu liegen. Es ist denn in erster Linie die größere Nähe zum Politischen, die den hier besprochenen zweiten Band von seinem Vorgänger¹ unterscheidet.

Auch die zweite Tagungsrunde geht von der Einsicht aus, daß jeweils in den politischen Umbruchsituationen nach 1945 (Plan Monnet) und nach 1958 (Plan Massé) die Hoch-Zeiten der Planifikation lagen, die ab Mitte der sechziger Jahre einen tiefgreifenden Bedeutungsverlust erlitt. Im Unterschied zur ersten Tagung wird nicht die Planifikation bei der Arbeit beobachtet, sondern es wird der Stellenwert untersucht, den die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure ihr beimessen. So behandeln die einzelnen Aufsätze das Verhältnis von Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen zum Plan (Ph. MIOCHE), die Interessenvertretung der kommerziellen und privaten Verbraucher (M. RUFFAT) und analysieren das Verhältnis der großen Kreditinstitute zum Plan (C. ANDRIEU).

Auf der Suche nach den Ursachen für die Krise der Planifikation gelangen die Diskutanten zu verschiedenen Erklärungsversuchen, die in dem einleitenden Beitrag von H. ROUSO resümiert werden. Je nach ihrem spezifischen Ansatz, politisch-historisch, ökonomisch oder soziologisch, nehmen die Autoren unterschiedliche Datierungen des Beginns des Abstiegs in die Krise vor, ohne daß der Konsens über den Niedergang des Plans im Grundsatz berührt wird. Ein stets wiederkehrender Topos ist die Banalisierung, die Verbreitung der Methoden der nationalen Planungsbehörde (CGP) in dem Maße, in dem die private Wirtschaft (und die Wissenschaft) – im Zuge eines Generationswechsels in einer selbstbewußter werdenden

¹ Vgl. *FRANCIA* 17/3 S. 308–310.

Unternehmerschaft – zunehmend selbst die Erhebungen und Analysen durchführte, die eine der Hauptaufgaben des CGP waren, so daß dessen eigentliche Planungsfunktion überflüssig wurde. Auch traten Wirtschaft und Politik zunehmend unvermittelt miteinander in Kontakt, wodurch die Transmissionsrolle des CGP Schaden nahm. Schließlich wird auf den generellen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft verwiesen. Hierfür werden sowohl doktrinäre Ursachen verantwortlich gemacht, dabei wird der Neo-Liberalismus der siebziger Jahre genannt, als auch rein pragmatische Gesichtspunkte angeführt: Es war weit angenehmer vor 1965 im Zeichen des Aufschwungs den wachsenden Wohlstand zu verteilen als danach den mit den Wirtschaftskrisen einsetzenden Mangel zu verwalten.

Um so mehr hätte man annehmen dürfen, daß der Plan Anfang der achtziger Jahre mit einem sozialistischen Präsidenten vor einem glänzenden Comeback stand. Daß es dazu nicht kam und das CGP nur knapp seiner Auflösung entging, versucht J.-F. BIARD in seinem Beitrag über die Sozialisten und ihr Verhältnis zur Planifikation zu erläutern. Darin skizziert er zunächst den Konflikt innerhalb einer völlig desolaten Linken Anfang der sechziger Jahre, die dem durch de Gaulle aufgewerteten Plan verschiedene Entwürfe eines »Contre-Plan« entgegenstellte. Diese bewegten sich laut Biard zwischen den Polen »Revolution«, der offiziellen sozialistischen Programmatik, und »Reform«, vertreten durch »rechte« Linke wie Michel Rocard. Das Dilemma der regierenden Sozialisten erklärt BIARD aus diesem Grundkonflikt über die politische Aufgabe des Plans, der sich Anfang der achtziger Jahre fortgesetzt habe. Während Premierminister Mauroy die Lehre vom neuen Wachstum im gesteuerten Markt vertrat, sprach sich der für den Plan zuständige Minister Rocard für eine Politik der Demokratisierung, d. h. vor allen Dingen Dezentralisierung, des Plans aus und befürwortete im Zeichen der Rezession (wie der »Plan Delors«) eine Politik der Einschränkung der inländischen Nachfrage. Der 1983 von der Nationalversammlung angenommene IX. Plan trägt laut BIARD alle Zeichen eines Bad Godesberg für die französischen Sozialisten.

In seinem Nachwort postuliert P. BAUCHET, der Plan degenerierte, weil er den Zusammenhang der National- mit der Weltwirtschaft ignoriert habe. Infolgedessen bedürfe es eines erneuerten Plans als Instrument einer geänderten französischen Wirtschaftspolitik, die die Eroberung der Weltmärkte anstrebe. Allerdings bedürfe die Politik hinreichender Entschlußkraft, um die für dieses Vorhaben geeigneten Bereiche der französischen Industrie auszuwählen und resolut zu fördern. Die so angestrebte internationale Wettbewerbsfähigkeit allein reiche jedoch nicht aus. Der Staat müsse bereit sein, durch Garantien und Bürgschaften die unternehmerische Risikobereitschaft zu fördern, indem er das finanzielle Risiko der Investoren reduziere. So neu klingt das alles nicht.

Woldemar VENOHR, Berlin

Wolfgang KOWALSKY, Kulturrevolution? Die Neue Rechte im Neuen Frankreich und ihre Vorläufer, Opladen (Leske und Budrich) 1991, 239 S.

Die Welt ist in Bewegung; globale Problemfelder und regionale Konflikte erfordern kreative Lösungsvarianten auf hohem ethisch-moralischem Niveau. Der Glaube der Menschen an technokratische Lösungen im politisch-ökonomischen Bereich geht nach und nach verloren. Dafür rückt die kulturelle Dimension immer stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit. Dies um so mehr, wie Nationalismus, Rassismus und antidemokratische Ordnungsvorstellungen auch in Europa unerwartet viel Terrain gewinnen und die anstehende Neugestaltung des alten Kontinents maßgeblich zu beeinflussen drohen. Die konsequentesten Verfechter dieser nicht neuen aber z. T. neu gewandeten Ideen sammeln sich in rechtsextremen Parteien und Gruppierungen. Ihre Vordenker haben die alte Theoriefeindlichkeit überwunden, so die These von Wolfgang Kowalsky, die Werke des italienischen Marxisten Antonio Gramsci sowie die Kämpfe der Linken (u. a. während des Pariser Mai 1968) ausgewertet und